

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlag: Rieser Verlag, Leipzig, Nr. 22.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröbza.

Postfachnummer: Leipzig 21908, Gröbza Nr. 52.

Nr. 112.

Dienstag, 17. Mai 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung monatlich 4.— Mark ohne Zustellung, bei Abholung am Postamt monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages (ab 9 Uhr vormittags) aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für den Erscheinungstermin an bestimmten Tagen und Wochentagen wird nicht übernommen. Preis für die 43. und 44. Seite 70 Pf., für die 45. Seite 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; jeztüberender und tabellarischer Anzeigen 10 Pf., Nachzahlung- und Fortsetzungsgebühren 50 Pf. Je nach Art der Anzeigen. Bei Anzeigen, die durch Nachzahlung eingezogen werden müssen, ist der Auftraggeber im voraus zu zahlen. In der 45. und 46. Seite des Tagesblattes steht die Tagesmeldung. Die Tagesmeldung ist für den Verleger zu zahlen. In der 45. und 46. Seite des Tagesblattes steht die Tagesmeldung. Die Tagesmeldung ist für den Verleger zu zahlen. In der 45. und 46. Seite des Tagesblattes steht die Tagesmeldung. Die Tagesmeldung ist für den Verleger zu zahlen.

Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen unter dem Viehbestande des Gutsbesizers Richard Schumann in Werich Nr. 35, Sperrgebiet: Verh. Beobachtungsgebiet: Strumen mit Gutsbesitzer, Marktst. Rabewitz, Colmnitz. Die für den Sperr- und Beobachtungsbezirk geltenden Bundesratsvorschriften zum Viehseuchengesetz vom 7. Debr. 1911 Seite 83 des Gesetz- und Verordnungsblattes 1912 sind zu beachten. Sondernhandlungen dagegen werden strafrechtlich verfolgt. Großenhain, am 14. Mai 1921. Die Amtshauptmannschaft.

Lebensmittelverteilung.
In der Woche vom 16.—22. Mai 1921, und zwar vom 18. ab, sollen auf Abschnitt 155 der roten und grünen Nährmittelliste I und auf Abschnitt 146 der grauen Nährmittelliste I je 1/2 Pfund Getreide zur Verteilung kommen. Der Preis beträgt für 1 Pfund Getreide 1.00 Mark. Die Entnahme hat bis spätestens den 25. Mai 1921, zu erfolgen. Kommunalverband Großenhain, am 14. Mai 1921.

Bekanntmachung.
Gemäß § 8 des Gesetzes, betreffend die beschleunigte Veranlagung und Erhebung des Reichsnotopfers vom 22. Dezember 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 2114), wird die Frist zur Einlegung des Einspruchs gegen die einstweiligen Steuerbescheide über das Reichsnotopfer für die Städte Riesa und Gröbza auf die Zeit von

18. Mai bis 17. Juni 1921
festgesetzt.
Wird einem Abgabepflichtigen der einstweilige Steuerbescheid erst nach Beginn dieser Frist aufgestellt, so beginnt die einmonatige Einspruchsfrist für ihn mit dem auf die Aufstellung folgenden Tage.
Riesa, am 14. Mai 1921. Das Finanzamt.
Herr Herr Paul Nicol, Gutsbesitzer in Nehtbeuer, ist als Ortsrichter für Nehtbeuer verpflichtet worden.
Riesa, am 17. Mai 1921. Der Vorstand des Amtsgerichts.

Wasserleitung Gröbza, Elbe.
Freitag, den 20. Mai 1921, und zwar in der Zeit von nachmittags 1 Uhr bis nachmittags 8 Uhr, und Sonnabend, den 21. Mai 1921, von vormittags 7 Uhr bis mittags 12 Uhr, soll eine Schätzung der Wasserleitungsarbeiten vorgenommen werden. Dadurch wird zeitweilige Erhebung des Wassers vorkommen, auch wird stellenweise vorübergehend das Wasser ganz wegbleiben. Den Wasserentnehmern wird deshalb empfohlen, rechtzeitig das erforderliche Leitungswasser zu entnehmen.
Gröbza (Elbe), am 17. Mai 1921. Der Gemeindevorstand.

Kirchenverpachtung.
Sonnabend, den 21. Mai d. J., nachm. 6 Uhr, in Pannitz Gasthof, soll die Kirchenverpachtung der Gemeinde gegen das Meistgebot verpachtet werden.
Poppitz, den 17. Mai 1921. Der Gemeindevorstand.

Briand antwortet Lloyd George.

Ministerpräsident Briand erklärte als Antwort auf die Rede Lloyd Georges im Unterhause einen Vertreter des "Temps": Er sei jedoch nicht erstaunt gewesen, daß der französische Standpunkt von dem Lloyd Georges wesentlich abweiche. Der englische Standpunkt werde beeinflusst von der Ansicht des britischen Kommissars in Oberschlesien, die von der Ansicht des französischen Vertreters und auch in gewisser Beziehung von der des italienischen Kommissars abweiche. Es sei wünschenswert — und das sei auch die Ansicht der französischen Regierung —, daß man den drei Kommissaren unbedingt nötige Zeit lasse, um ihre verschiedenen Ansichten auszusprechen und gemäß dem Vertrage einen einheitlichen Vorschlag hinsichtlich der Grenzlinie zu machen. Es sei sicher ein Fortschritt gewesen, von der Kommission in drei oder vier Tagen einen Bericht über eine so heikle Frage zu verlangen, der erst in Angriff hätte genommen werden können, nachdem das Ergebnis der Abstimmung der Gemeinde für die Gemeindegrenze festgestellt worden wäre. Es seien drei verschiedene Berichte erhalten worden, die die Alliierten noch nicht gemeinsam hätten prüfen können. Das sei der Grund der Unruhe, aber auch die falsche deutsche Nachricht über den endgültigen Charakter der Zulassung des Industriegebietes an Deutschland entgegen dem Ergebnis der Volksabstimmung. Briand vertritt den Standpunkt, daß das Gebiet noch vollständig wieder getrennt werden könne, denn die Interalliierte Kommission habe ihre volle Pflicht getan, ohne in irgendeiner Weise mit den Alliierten zu verhandeln, noch einen Waffenstillstand mit ihnen abzuschließen, wie es die tendenziöse deutsche Propaganda (1), die die Welt überflutet, gesagt habe. Die französischen und die italienischen Truppen hätten Verluste an Toten und Verwundeten erlitten und ihren ganzen Einsatz aufgewandt, um die Unruhe zu bekämpfen. Die Ruhe sei beinahe wiederhergestellt, man habe einen direkten Kampf zwischen Deutschen und polnischen Banden verhindert. Einen direkten Eingriff der deutschen Regierung hätten, der von außen her organisiert wäre, um mit Gewalt die schlesische Frage zu lösen, würde eine Verletzung der Grundzüge der Volksabstimmung und der Entscheidungen des Vertrages von Versailles bedeuten haben, der für die französische und englische Regierung die einzige feste und gerechte Grundlage für die Regelung der Frage bilde. Der englische Premierminister habe, nach den Presseberichten zu schließen, gesagt, Oberschlesien sei seit Jahrhunderten ein deutsches Land und die polnische Bevölkerung sei erst seit kurzem hinzugekommen. Historisch sei eine solche Behauptung unrichtig. Ein Punkt stehe für ihn außerhalb jeder Frage. Man dürfe das obereschlesische Problem nicht mit dem Reparationsproblem verquiden. Briand erinnerte auch noch daran, daß die polnische Regierung Vorschläge gemacht habe, sich im Verhältnis an den Reparationsleistungen für das schlesische Gebiet, das ihr zugerechnet werde, zu beteiligen. Schließlich wies er noch auf Artikel 88 des Vertrages hin, in dem bestimmt werde, daß das Abstimmungsresultat Kommissare für Kommissare festgelegt und daß die Grenzlinie unter Berücksichtigung der von den Bewohnern geäußerten Wünsche und der geographischen und wirtschaftlichen Lage der Verhältnisse entsprechend festgelegt werde. Schließlich meinte Briand, die Stimme eines Arbeiters habe ebenso viel Wert wie die Stimme eines Industriellen. Man könne also nicht zulassen, daß die Bergarbeiter, in denen die polnische Arbeiterbevölkerung in großer Mehrheit sei, den großen deutschen Besitzern

Englisch-französischer Notenwechsel.
Lloyd George meldet: In London wird berichtet, daß die englische Regierung durch Vermittlung ihres Botschafters, Lord Hardinge, Briand eine Note über die Grenzlinie in Oberschlesien übermittelte. Diese Note soll Argumente enthalten, die denjenigen, welche der englische Premierminister am gleichen Tage im Verlaufe seiner Rede vorbrachte, sehr ähnlich seien. In dieser Note habe Lloyd George Briand gebeten, sobald als möglich mit ihm in Douaune zusammenzukommen, um die Lage zu prüfen. Briand soll Lloyd George geantwortet haben, indem er den französischen Standpunkt so zum Ausdruck brachte, wie er bereits bekannt ist und wie er ihn übrigens durch die Erklärungen des Vertreters der Presse gegenüber bekannt gemacht hat. Der französische Ministerpräsident hat den Wunsch geäußert, Oberschlesien in Gemeinschaft mit dem Reich zu verwalten und die Abstimmung gegen-

zu sprechen zu sehen, und den englischen Premierminister wissen lassen, daß er über diese Sache nicht mit ihm verhandeln könne, bevor er mit dem französischen Parlament in Verbindung genommen habe. Die französische Kammer soll nächsten Donnerstag ihre Arbeit wieder aufnehmen. Die "Zeit Parisien" berichtet, wie in der Antwort der französischen Regierung auf die an sie gerichtete englische Note über Oberschlesien unter anderem noch gelangt, wenn auch in gewisser Weise. Die Verantwortung für die Ereignisse in Oberschlesien zuzurechnen, so habe die polnische Regierung doch eine korrekte Haltung beobachtet und die Grenze gesichert. Die Note erinnere auch an die Verantwortung Deutschlands und drücke Verwunderung darüber aus, daß die englische Regierung noch nicht die von der Reichsregierung beschlossene Demarche in Berlin ausgeführt habe. Die französische Regierung bestimme, daß der Vertreter Frankreichs in Oberschlesien niemals eine Politik der vollständigen Trennung ermutigt, auch keinen Waffenstillstand mit den Aufständischen unter Festsetzung einer Demarkationslinie abgeschlossen hätten. Endlich leugne man französischerseits, jemals die Absicht gehabt zu haben, das gesamte obereschlesische Gebiet vollständig mit Gewalt Polen zuzuschreiben. Die französische Regierung erkläre schließlich, daß, wenn Deutschland auf keinen Fall dem Waffengewalt einträte, Frankreich auf keinen Fall dem Waffengewalt einträte. "Zeit Parisien" sagt hinzu, ein bevorstehender Eingriff Deutschlands in Oberschlesien würde notwendigerweise als Verletzung des Friedensvertrages von Versailles, also als casus belli angesehen werden.

Englische Pressestimmen.
"Sunday Times" schreibt: Das politische Ereignis der Woche sei der Vortrag Lloyd Georges über die offene Herausforderung des Vertrages von Versailles durch die Polen. Lloyd George sei vollkommen bereit, falls Europa nichts unternähme, den vollen Einbruch zu gestatten, Deutschland das Mandat dazu zu erteilen.
Der diplomatische Mitarbeiter des "Observer" schreibt die Taktik des französisch-polnischen Diplomaten gegen Deutschland habe einen Punkt erreicht, wo keine britische Regierung sich länger ruhig verhalten kann. Die Gefahren, die nach Ansicht der britischen Regierung aus einem französisch-polnischen Bruch entstehen würden, seien heute weniger groß als die tatsächlichen Schäden, die bereits durch den Einbruch der Franzosen, koste es, was es wolle, Deutschland im Osten und Westen zu vernichten, angerichtet worden seien.

Die Entente in Gefahr?
Die Blätter der englischen Regierung meinen, daß die Verschiedenheit der Ansichten zwischen Frankreich und England in der obereschlesischen Frage doch noch ausgeglichen werden. Die übrigen Zeitungen schlagen dagegen einen sehr scharfen Ton an. "Daily Chronicle" weist auf die Gefahr hin, daß der Streit zwischen Deutschland und Polen zu einem Konflikt zwischen Frankreich und England ausartet und daß zuletzt gar die Entente in Gefahr gebracht werden könne. "Daily Express" erklärt rund heraus, daß die englisch-französischen Beziehungen seit der Falschoda-Affäre nicht so schlecht gewesen seien, wie gegenwärtig. Ein offener Bruch liege im Bereich der Möglichkeit. "Daily Telegraph" spricht von einem offenen Zerwürfnis zwischen den alliierten Mächten und die "Times" wählt als Überschrift ihrer Besprechung: "Die Entente in Gefahr".

Die nächste Sitzung des Obersten Rates.
Intrigantentum berichtet, die nächste Sitzung des Obersten Rates werde wahrscheinlich in Osnabrück stattfinden. Auf der Tagesordnung werde in erster Linie die obereschlesische Frage stehen, aber die Alliierten würden bei dieser Gelegenheit auch gewisse Einzelheiten über die Abstimmung der deutschen Obligationen zur Sprache kommen. Diese Frage gehöre eigentlich zu den Kompetenzen des Reparationsausschusses, aber die alliierten Regierungen würden sie nicht dulden, wenn sie nicht aus dem Auge. Dazu komme die Entwertung Deutschlands. Ministerpräsident Briand werde auf dieser Konferenz mit einem Antrag der französischen Kammer gehen, in dem die Wünsche des Landes bestimmten Ausdruck fänden.

Berücksichtigung der Lage in Oberschlesien.
Das Doppel wird gemeldet: Die Feiertage haben im obereschlesischen Auftragsgebiet infolge der Truppenverschiebungen eine Veränderung und Berücksichtigung gebracht. Nach Wegzug der italienischen Truppen aus Osnabrück haben die Polen den Ort besetzt und die 65 Mann nach Osnabrück entlassen.

gefangen genommen. Zahlreiche deutsche Flüchtlinge, die sich hier befanden, sind verschleppt worden. Nach neueren Nachrichten wurde Nicolai von den Insurgenten wieder gerettet. Die italienischen Truppen räumen weiter die Kreise Pisch und Pisch und ziehen sich in der Richtung Katibor zurück. In den Städten Pisch und Katibor befinden sich nur noch schwache französische Besatzungen, jedoch die Gefahr einer Besetzung dieser Städte durch die Polen besteht. Bis zur Stunde liegen über eine erfolgte Besetzung jedoch noch keine Meldungen vor. Gelegentlich im Kreis Großenhain wurde aus Richtung von Annaberg mit Artillerie beschossen. Auf deutscher Seite gab es mehrere Tote. So gelang indessen den Aufständischen nicht, den Ort zu besetzen. Scherz morgen treten Verhaftungen der Kops aus Osnabrück ein, da neue Angriffe der Polen erwartet werden, die indessen noch nicht erfolgt sind. Aus den Kreisen Hindenburg und Larnowitz werden Terrorakte der Polen und Verhaftungen von Deutschen gemeldet. In den übrigen Kreisen ist die Lage im wesentlichen unübersichtlich.
Ebenfalls der interalliierten Kommission ist verschiedentlich eine Besserung der Lage berichtet worden, was jedoch den tatsächlichen Verhältnissen in keiner Weise entspricht. Dem Vertreter des Auswärtigen Amtes beim deutschen Reichsausschuss ist auf sein Verlangen, sich durch den Augenblick den tatsächlichen Verhältnissen in den von dem Aufständischen besetzten Gebieten überzeugen zu lassen, von dem Vertreter des Generalstabes erklärt worden, daß er zu keinem Bedauern nicht in der Lage sei, die Garantie für seine Sicherheit zu übernehmen.
Im übrigen wird aus Oberschlesien eine immer mehr fühlbar werdende Lebensmittel- und Geldknappheit gemeldet. In der Bevölkerung macht sich neuerdings eine heftige Erregung bemerkbar, da Ereignisse befürchtet werden, die die Folgen der durch den Polenaufruch verursachten wirtschaftlichen Schwierigkeiten darstellen.

Vorkehrungsmaßnahmen in Osnabrück.
Auf Veranlassung des Militärbefehlshabers sind wegen der in Umlauf befindlichen Gerüchte über einen Ueberfall auf die Stadt Osnabrück Verfügungen erlassen worden, wonach die Lokale, Theater und Kinos bereits um acht Uhr schließen müssen und der Verkehr auf den Straßen nur bis neun Uhr gestattet ist.

Waffenbesitz unter den englischen und italienischen Offizieren.
Der Sonderberichterstatter der "Chicago Tribune" in Osnabrück meldet seinem Blatte, daß Kommandeur der englischen Truppen von Osnabrück seine Entlassung angeboten, weil er seine Stellung als unbillig ansehe und sich selbst als überflüssig betrachte. Britische und italienische Offiziere haben ihrer Scham und Entrüstung über die militärischen Erfolge der polnischen Aufständischen offen Ausdruck gegeben. Ein britischer Offizier habe geäußert, die Deutschen hätten Recht, wenn sie erklärten, die Verbündeten üben Verrat an ihnen, wenn sie die Entwaffneten auf Gnade oder Ungnade den Polen ausliefern. Ein italienischer Offizier habe festgestellt, daß der französische General de Brantes täglich mit Korlaup verhandelt habe, während italienische Offiziere und Mannschaften durch Soldaten Korlaup getötet worden seien.

Tagesgeschichte.
Deutsches Reich.
Neue Urteile des Erfurter Sondergerichts. In dem Prozeß des Erfurter Sondergerichts gegen 34 Angehörige der roten Armee, die im Dorf Dacha von der Erfurter Schutzpolizei gefangen genommen worden waren, wurde Sonnabend vormittags nach achtstündiger Verhandlung das Urteil gefällt. Elf Angeklagte wurden zu Hochstrafen von 2 bis 6 Jahren, die übrigen zu Gefängnisstrafen verurteilt.
Auszeichnung des Ministers Gaus. Die Wirtschaft- und sozialwissenschaftliche Fakultät in Frankfurt a. M. verlieh dem preussischen Minister Gaus in Anerkennung seiner Verdienste um die Förderung der Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Denkbildung des Volkes der Staatswissenschaftlichen Fakultät.
Der Deutsche Beamtenbund. Aus unterrichteten Kreisen wird erklärt, daß die Meldung unzutreffend sei, wonach der Deutsche Beamtenbund beabsichtige, sich mit den freigezwirtschaftlichen Arbeiter- und Angehörigenorganisationen zu vereinigen. Der Deutsche Beamtenbund verbleibt nach wie vor parteipolitisch und religiös neutral. Verhandlungen würden allerdings geführt. Diese werden aber nur, mit den freien Gewerkschaften einen Durchbruch herbeizuführen.